

Bürgerinitiative gegen Deichrückbau im Inselnorden e.V.

Presseerklärung vom 05.02. 2015

Bürgerinitiative trotz Teilerfolg enttäuscht

Die Mitteilung des Umweltministers Dr. Backhaus auf einer Bürgerversammlung in Karlshagen, dass der Kompensationsflächenpool Cämmerer See und damit der Antrag der EWN auf Eröffnung eines Planfeststellungsverfahrens hinfällig ist, sieht die Bürgerinitiative als einen Erfolg ihres Wirkens an. Bestandteil dieses Flächenpools war der Rückbau des Peenestromdeiches zwischen Karlshagen und Peenemünde. Diesen Rückbau mit allen seinen negativen Folgen zu verhindern, war und bleibt das Ziel der Bürgerinitiative. Der voll besetzte Saal bewies das große öffentliche Interesse an dem Thema. Viele Besucher gingen jedoch unzufrieden nach Hause, auch die Bürgerinitiative sieht das Ergebnis insgesamt kritisch. Warum?

Die genaue Betrachtung der aktuellen Pläne lässt Ungereimtheiten erkennen, die Anlass zu Sorge und Misstrauen geben, denn der vom Minister vorgestellte Kabinettsbeschluss über die Beendigung des Vorhabens Kompensationsflächenpool Cämmerer See verweist ausdrücklich darauf, auch künftig einen Deichrückbau zu ermöglichen. Ein solches Projekt würde dann - mit gleichem Inhalt - unter Umständen nur einen anderen Namen bekommen.

An die erklärte Absicht einer künftig möglichen Renaturierung mit Deichrückbau sind die nun vorgestellten Pläne angepasst.

Der ursprünglich zwischen Peenemünde und der Ostsee geplante Riegeldeich wird nach den neuen Plänen nach Süden unmittelbar vor Karlshagen „verschoben“. Begründet wird das mit „neuen“, aber offenbar schon seit 2011 bekannten Höhenmessergebnissen, die eine stärkere Widerstandsfähigkeit der Straße nach Peenemünde gegen Sturmhochwasser ergeben hätten als bisher angenommen. Durch diese Verlagerung des Riegeldeiches nach Süden wird außerdem die vollständige Eindeichung von Peenemünde erforderlich. Nach den alten Plänen wäre nur ein Deich nördlich des Ortes nötig.

Der Minister bezeichnete zwar die Möglichkeit, künftig diese Fläche bei erneutem Bedarf als Ausgleichsfläche renaturieren zu können, als rein theoretisch und als ein ihm abgerungenes notwendiges Zugeständnis an die Interessen der Wirtschaft. Sehr konkret wurde er jedoch mit der Aussage, der Cämmerer See würde in jedem Fall renaturiert, das sei die ureigenste Aufgabe der Deutschen Bundesstiftung Umwelt als Flächeneigentümer.

In einem einzigen schamhaft versteckten Satz – und auf einer schnell übergangenen Abbildung zu erkennen - wies der Minister darauf hin, dass bei einem späteren Rückbau des Peenestromdeiches die Eisenbahnlinie nach Peenemünde von Süden her, also von „hinten“ und nicht aus der primären Angriffsrichtung eines möglichen Sturmhochwassers, geschützt werden müsse. Ein Schutz von Norden wäre dann aber nach den gegenwärtigen Plänen nicht mehr gegeben und vom Minister nicht erwähnt. Der Tatsache, dass der Kompensationsflächenpool Cämmerer See vom Tisch ist, steht der begründete Eindruck gegenüber, dass die neuen Pläne und Messergebnisse nicht voll ausgereift sind, höhere Kosten bedeuten, mit aller Macht einem künftigen Deichrückbau angepasst wurden und sogar zum Teil die erst bei einem Deichrückbau

nötig werdenden Maßnahmen vorwegnehmen.

Darüber hinaus sind die anderen Argumente gegen den Deichrückbau, wie die Beeinträchtigung des Denkmalstandortes Peenemünde (der dazugehörige Content Management Plan bezeichnet den Deichrückbau als größte Gefährdung des Standortes) oder die unkalkulierbare Wirkung der militärischen Altlasten in diesem Gebiet, nach wie vor gültig und machen ein solches Projekt auch in Zukunft nicht genehmigungsfähig. Die Absicht, diese Fläche auch weiterhin als mögliche Kompensationsfläche vorzuhalten, spricht von unveränderter Ignoranz gegen die Sachargumente der Bürgerinitiative und die Interessen der Bevölkerung, die nach wie vor geschlossen einen Deichrückbau ablehnt. Dieser ist zwar als aktuelles Problem vom Tisch, aber nur aufgeschoben und nicht wie erhofft, aufgehoben. Nicht nur die spontanen Reaktionen der Einwohner, auch die Analyse der BI zeigt, dass kein Grund besteht, Vertrauen in das Vorgehen der Landesregierung zu haben.

Die Bürgerinitiative hat deshalb keinen Anlass, sich aufzulösen. Sie unterstützt die konsequenten Bemühungen der örtlichen Behörden, den lange geplanten Hochwasserschutz für den Norden Usedom mit dem höchsten Grad an Sicherheit für die Bevölkerung umzusetzen und keine weiteren Verzögerungen durch die Landesbehörden zuzulassen.

Dr. Rainer Höll

Vorsitzender der BI

Bürgerinitiative „Gegen Deichrückbau im Inselnorden“ e.V.

c/o Dr. Rainer Höll

17449 Karlshagen, Dünenstraße 14

Tel.: 038371 / 55443

www.kein-deichrueckbau-usedom.de info@nordlichtverlag.de